

Doch ist dieser Uebergang, wie die Botschaft das auf Seite 9 klar zum Ausdruck bringt, eine unerlässliche Voraussetzung, «wenn die Schweiz beziehungsweise die EFTA-Länder an der Entstehung eines homogenen gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes teilhaben und mitwirken wollen.» Die Verwaltung ist aber noch nicht in der Lage abzuschätzen, wie gross der Aufwand zur Abwicklung des Verfahrens sein wird. Sie glaubt jedoch, in einer ersten Anlaufphase die sich stellenden Aufgaben mit einer zusätzlichen Personaleinheit abdecken zu können. Die Vorlage hat keine Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden.

Der Beschluss, das sei abschliessend bemerkt, liegt ganz auf der Linie der mit der Legislaturplanung soeben verabschiedeten Strategie, die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA, der Schweiz mit der EFTA, aber auch mit der EG auf den Gebieten gemeinsamen Interesses zu verbessern.

Die einstimmige Kommission beschloss am 16. Mai 1988, Ihrem Rat Eintreten und Zustimmung zu den beiden Beschlüssen zu empfehlen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je serai très bref car il ne me semble pas y avoir dans vos rangs une résistance farouche ni opiniâtre au projet que M. Gadiant vient de présenter si excellemment. Mais j'aimerais insister sur la progression que nous accomplissons dans le sens d'une amélioration du fonctionnement de notre libre-échange.

En 1972, lorsque nous avons institué le libre-échange entre les Etats de la Communauté et les Etats de l'AELE, nous avons créé la plus vaste zone de libre-échange du monde avec, aujourd'hui, 350 millions d'habitants et de consommateurs, par conséquent. Mais si les obstacles tarifaires concernant les biens et les marchandises ont été éliminés les uns après les autres, il demeure des obstacles de toute nature, non tarifaires qui rendent l'accomplissement du libre-échange problématique. Et c'est ainsi que l'existence de normes techniques, nationales, toutes différentes les unes des autres, rend difficiles les échanges. C'est ainsi que des procédures nationales, toutes différentes les unes des autres, compliquent également ces échanges et compromettent finalement une partie sensible de ce libre-échange auquel nous avons adhéré en principe.

C'est la raison pour laquelle dans cette volonté de convergence européenne, nous travaillons, pays de l'AELE et Communauté, à faire tomber les obstacles tarifaires les uns après les autres. Si aujourd'hui, vous êtes d'accord avec la proposition que vous fait le Conseil fédéral, comme le Conseil national l'a été lundi après-midi, comme le sont les pays nordiques, comme le sera l'Autriche le 30 juin prochain, c'est-à-dire dans quelques jours, alors, nous aurons accompli une étape vers la bonne marche de notre libre-échange et de notre coopération européenne, qui n'est pas uniquement symbolique car la véritable dimension de la décision que vous prenez aujourd'hui n'est pas seulement celle de l'AELE en tant que telle, elle est celle de son extension aux rapports entre AELE et Communauté.

Et nous continuerons ainsi.

La semaine dernière, à Tampere, lors de la réunion des ministres de l'AELE, nous avons signé une convention – cadre pour reconnaître mutuellement les contrôles et les certificats de conformité des pays de production. C'est l'Europe des extincteurs, celle des aspirateurs, en quelque sorte, que nous construisons mais c'est une Europe, elle aussi, utile et vous voyez que la direction est donnée. Il est certain que le rythme, que nous avons suivi jusqu'à maintenant dans cette direction, sera accéléré à l'avenir et que nous pourrons ainsi rattraper successivement des retards que nous avons accumulés dans l'accomplissement de notre grand marché européen homogène que nous appelons tous de nos vœux du côté communautaire comme du côté AELE.

A
Bundesbeschluss über die Genehmigung zur Schaffung eines Notifikationsverfahrens für Entwürfe von technischen Vorschriften im Rahmen der EFTA-Konvention.
Arrêté fédéral portant approbation de l'introduction d'une procédure de notification des projets de règles techniques dans la Coinvention instituant l'AELE

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2
Titre et préambule, art. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusssentwurfes 28 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

B
Bundesbeschluss über den Abschluss von Abkommen zur geographischen Erweiterung des Notifikationsverfahrens für Entwürfe von technischen Vorschriften
Arrêté fédéral concernant l'extension géographique de la procédure de notification des projets de règles techniques de la Convention instituant l'AELE

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2
Titre et préambule, art. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusssentwurfes 30 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

88.005

Kleinbauern-Initiative
Initiative en faveur des petits paysans

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 347 hiervor – Voir page 347 ci-devant

Onken: Wir nehmen die gestern unterbrochene Beratung wieder auf und stehen – wenn ich das rekapitulieren darf – vor der Frage, ob wir eine erneuerte, eine erweiterte, eine wie auch immer modernisierte verfassungsmässige Grundlage für unsere Landwirtschaftspolitik brauchen, oder ob eine zeitgemässe Agrarpolitik auch auf den bisherigen Verfassungsartikel abgestützt werden kann, den uns namentlich Herr Kollege Ziegler gestern als klar, griffig und aussagekräftig geschildert hat.

Die Initianten ihrerseits bejahen die Frage nach einer neuen verfassungsmässigen Grundlage klar. Sie wollen eine

grundlegende Erneuerung. Sie wollen in mancher Hinsicht sogar einen Systemwechsel. Und sie geraten damit wie jeder, der in diesem vernetzten System einen neuen Ansatz sucht, in einen gewissen Zielkonflikt. Denn alle Aufgaben, die der Landwirtschaft heute überantwortet werden, unter einen schlüssigen agrarpolitischen Hut zu bringen, ist schlicht die Quadratur des Zirkels. Und diese Quadratur gelingt natürlich auch der Kleinbauern-Initiative nicht. Es wird ihr jetzt als Hypothek angelastet, dass sie aneckt, dass sie gewisse Vollzugsschwierigkeiten verursachen könnte, dass sie Kanten hat, die man lieber abgeschliffen sähe. Aber diese Mängel haften auch der offiziellen Landwirtschaftspolitik an, und es sind gravierende Mängel. Es scheint mir unredlich, jetzt nur einseitig auf der Initiative herumzuhaken, sozusagen ständig nur die Splitter in den Augen der Gegner zu sehen, nicht aber den Balken in den eigenen Augen. Diese Mängel brauche ich Ihnen nicht des langen und breiten aufzuzählen: krasses, ungebremstes Betriebssterben; wachsende Einkommensdisparitäten; Umweltprobleme drängender, teilweise gravierender Art; enorme Ueberproduktion in gewissen Sektoren und Verwertungsprobleme in Milliardenhöhe.

Die Frage ist doch: Wie wollen wir dieser Probleme, die wahrscheinlich von jeder Seite her anerkannt sind, Herr werden? Braucht die Agrarpolitik nur ein paar geringfügige gesetzliche Anpassungen, um wieder auf die Schiene zu kommen, oder braucht sie mehr?

Der Kommissionspräsident hat uns gestern ein Massnahmenpaket in den leuchtendsten Farben geschildert. Die Frage ist nur: Greift dieses Massnahmenpaket? Greifen alle diese agrarpolitischen Operationen? Greifen sie wirklich? Und signalisieren sie den Erneuerungswillen, den es braucht? Belegen sie tatsächlich die Bereitschaft zu einer Reform? Diese Frage, meine ich, muss man verneinen. Wir treten letztlich eben doch die alten Pfade. Es sind ein paar Modifikationen. Es sind ein paar Anpassungen, teilweise sogar zaghafter Art, aber mehr ist es eben nicht. Ich glaube nicht, dass diese kleinen gesetzlichen Schritte allein genügen, auch wenn es Schritte in die richtige Richtung sein mögen. Sie genügen vor allem dann nicht, wenn wir die Landwirtschaftspolitik stärker wegführen wollen von rein quantitativen Vorgaben zu vermehrt qualitativen Zielsetzungen, ganz im Sinne des Legislaturberichtes, den wir vor zwei Tagen im Grundsatz unbestritten angenommen haben. Sie genügen auch dann nicht, wenn wir die Landwirtschaftspolitik, die Landwirtschaft insgesamt – wie ja auch überhaupt unsere Wirtschaft! – ökologisch erneuern wollen, also wieder naturnäher, umweltschonender machen wollen, auch Energieressourcen sparsamer nutzen wollen, ohne dass die Landwirtschaft Einkommensopfer zu zahlen hat, das möchte ich hier ganz deutlich unterstreichen.

Wenn wir das wollen, dann braucht es die Besinnung auf die Grundlage, es braucht – wie gestern gesagt worden ist – eine neue Konsensfindung, in die auch die Konsumenten einzubeziehen sind, und zwar nicht nur als Fordernde, sondern auch als Beitragsleistende. Dann muss ein Zeichen gesetzt werden, und das ist meines Erachtens nur über die vertiefte, auch die verfassungsmässigen Grundlagen einbeziehende Diskussion möglich und nicht allein durch gesetzliche Korrekturen. Darum – und nur darum! –, um einen Gegenvorschlag zu konkretisieren, um eine eigentliche Alternative zu erarbeiten, und zwar auch von den Kreisen erarbeiten zu lassen, die davon bisher Abstand genommen haben, sollten wir dem Antrag von Herrn Kollege Zimmerli zustimmen. Nicht in erster Linie die Kleinbauern-Initiative erfordert einen Gegenvorschlag, sondern die heutige Landwirtschaftspolitik braucht ihn.

Die Angst, die Herr Kollege Schmid gestern – in dramatischer Ausführung sogar – angesprochen hat, scheint mir ein denkbar schlechter Ratgeber zu sein. Das ist genau die Haltung, von der wir wegkommen müssen, von dieser Defensivhaltung, die heute teilweise in der Landwirtschaftspolitik vorherrscht und die auch viele Bauern bedrückt, von der Verteidigungshaltung, die durch den inneren Strukturwandel, der in aller Schärfe vor sich geht, aber auch durch

die öffentliche Meinung und ihre Schuldzuweisung – teils zu Recht, teils zu Unrecht – bedingt ist. Aus dieser Ecke muss die Landwirtschaft wieder herausfinden und zwar mit einer erneuernden Offensive, die ihr Selbstverständnis wieder zu stärken vermag.

Es erstaunt mich nicht, dass der Vorstoss gerade von SVP-Seite, von Herrn Zimmerli, kommt und dass er von Herrn Gadiant nachhaltig unterstützt wird. Ich glaube, dass beide guten Willens sind und diese Erneuerung nicht aus Aengstlichkeit oder gar aus Opportunismus dieser Initiative gegenüber wollen, sondern aus der Einsicht heraus, dass es einen Aufbruch hin zu neuen Zielen braucht.

Aus dieser Einsicht, die ich teile, und in dieser Hoffnung auch, möchte ich Sie einladen, dem Antrag von Herrn Zimmerli zuzustimmen und einen Gegenvorschlag ausarbeiten zu lassen.

Mme Jaggi: Je trouve qu'il y a quelque chose d'un peu surréaliste dans notre débat. Nous sommes là en train de discuter, en toute sérénité comme il convient à une assemblée parlementaire, d'une proposition de renvoi en séance de commission d'où, nous le savons très bien, il ne sortira pas grand chose, sinon un texte exprimant l'autosatisfaction et l'horreur du changement. Un texte dont la rédaction prendra quelques précieux mois et tout cela alors que le temps et les circonstances pressent.

Nous savons bien d'où vient cette pression. Elle vient de l'intérieur, tout d'abord de la Suisse, comme l'ont rappelé plusieurs intervenants, M. Onken en particulier. Une pression de l'intérieur, comme l'a bien démontré le vote sur l'économie sucrière, qui a provoqué un choc dont on s'est, à mon sens, un peu trop vite et un peu trop bien remis du côté de la paysannerie officielle. Mais cette pression, elle vient aussi et surtout, de l'extérieur parce qu'enfin les produits agricoles mis à part, on n'a plus guère de positions à consolider auprès du GATT, car on ne peut pas parler indéfiniment de lutte contre le protectionnisme sans faire une fois ou l'autre une offre concrète, sans proposer un geste apaisant démontrant notre volonté de contribuer à la libération des échanges internationaux dont on se déclare par ailleurs si chaud et fidèle partisan.

Et puis, toujours au chapitre des pressions extérieures, il y a l'Europe. Les écarts entre les prix européens et les prix suisses pour les produits agricoles ont augmenté à un rythme nettement accéléré ces vingt dernières années pour atteindre, si je suis bien informée, quelque chose comme 40 à 50 pour cent pour la production végétale, 55 pour cent de différence pour le lait et deux tiers même pour la viande.

En cas d'ouverture des frontières européennes, la politique agricole indigène verrait d'un jour à l'autre son revenu baisser, si cette ouverture était brutale, d'un montant évaluable à 3 milliards. D'accord, personne ne parle d'ouverture à l'Europe verte, mais il est tout aussi clair que la Suisse ne pourra indéfiniment demeurer dans son splendide isolement agricole.

Aussi bien, pour sauvegarder l'agriculture suisse à laquelle nous nous déclarons tous très attachés, pour éviter une restructuration dramatique d'un secteur déjà fortement redimensionné ces dernières années, pour préserver les exploitations familiales qui ne sauraient résister au mouvement de concentration accélérée par l'application à froid d'une sorte de plan Mansholt beaucoup plus brutal dans ses effets que la politique désignée par ce nom, bref, pour résister à cette pression extérieure qui ne saurait tarder à se manifester encore de manière plus accentuée, le temps presse.

Il faut s'épargner en tout cas le détour imaginé, avec les meilleures intentions du monde par M. Zimmerli, et puisque, si on laisse faire, notre agriculture sera industrielle ou ne sera plus, il faut accepter l'initiative en faveur des petits paysans, malgré – et je dirais à cause de – son caractère délibérément conservateur des structures. Je voterai donc pour ma part contre le renvoi en séance de commission et en faveur de l'initiative comme vous l'avez compris.

Piller: Entschuldigen Sie, dass ich nochmals das Wort ergreife. Die Debatte von gestern zwingt mich dazu. Wenn ich wieder ins Appenzellerland reisen will, muss ich heute doch noch etwas richtigstellen.

Ich werde mir aber erlauben, auch den Minderheitsantrag mit zu begründen. Ich werde sodann das Wort nicht mehr ergreifen. Ich bitte Sie um Entschuldigung, wenn ich das jetzt tue.

Warum wurde diese Initiative lanciert? Ich möchte Sie noch ganz kurz an die Futtermittelinitiative erinnern. Die Futtermittelinitiative wurde im Anschluss an die Milchkontingentierung mit dem Ziel lanciert, auch den kleinen und mittleren Betrieben entgegenzukommen. Diese Initiative wurde dann zurückgezogen. Anschliessend an diesen Rückzug sind die enttäuschten Klein- und Mittelbetriebsbauern zusammengekommen und haben die Kleinbauern-Initiative lanciert, deren Ziel sie folgendermassen formulierten: «Wir brauchen und unterstützen unsere Kleinbauern, weil wir für Krisenzeiten eine leistungsfähige einheimische Landwirtschaft brauchen, weil eine naturverbundene Landwirtschaft gesunde Produkte produziert, weil wir darauf angewiesen sind, dass auch abgelegene Regionen weiter bewirtschaftet werden, weil Milchschwemme und Fleischberge durch unsinnige Futtermittelimporte entstehen, weil Tierfabriken nicht weiter die Existenz bäuerlicher Familienbetriebe gefährden sollen, weil offizielle Versprechen nun endlich eingelöst werden sollen, weil harte Arbeit ihren gerechten Lohn verdient.»

Ich glaube, wir alle könnten diese Initiative unterschreiben. Wer sind die Initianten? Es sind Klein- und Mittelbetriebsbauern. Herr Schmid, die Initiative wurde von diesen Leuten lanciert mit dem Ziel zu überleben. Und wenn heute Juristen kommen und gerade das Umgekehrte behaupten – nämlich dass mit dieser Initiative die Klein- und Mittelbetriebe gefährdet seien –, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Wenn ein Initiativtext von Juristen derart falsch ausgelegt werden kann, muss ich mich allen Ernstes fragen, was das Initiativrecht eigentlich noch beinhaltet! Wir werden darauf noch zurückkommen.

Es stimmt an sich, dass der heutige Verfassungsartikel und auch das Landwirtschaftsgesetz genügen würden. Aber wenn Bundesrat und Verwaltung und letztlich auch das Parlament diese Schritte nicht vollziehen, dann gibt es bei uns nichts anderes mehr als eine Verfassungsinitiative. Das wissen wir ganz genau. Und diejenigen, die das nicht wollen, sollen bitte dafür sorgen, dass wir die Gesetzesinitiative einführen können. Herr Zumbühl hat gestern darauf hingewiesen.

Gestern wurde auch immer wieder vom 6. Landwirtschaftsbericht gesprochen. Aber die legale Basis für unsere Landwirtschaftspolitik sind die Verfassung und das Gesetz und nicht der 6. Landwirtschaftsbericht. Dort stehen nämlich Dinge, die eigentlich gesetzlich und verfassungswidrig sind. Wenn auf Seite 13 beispielsweise steht, unter «landwirtschaftlichen Betrieben» seien indessen landwirtschaftliche Spezialbetriebe wie Geflügelfarmen, Schweine- und Schafhaltungen sowie Weinbaubetriebe eingeschlossen, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass noch im 3. oder 4. Landwirtschaftsbericht stand, man müsse sich allen Ernstes fragen, ob diese Betriebe überhaupt vom Landwirtschaftsschutz profitieren dürfen, weil das nach Verfassung und Gesetz eigentlich nicht zulässig wäre. Hätten wir eine Verfassungsgerichtsbarkeit, könnten wir diese Frage einmal abklären lassen. Wir haben sie leider nicht. Sie kennen die Oberziele unserer Landwirtschaftspolitik; sie sind gut, sie können von uns allen voll unterschrieben werden. Die offizielle Landwirtschaftspolitik vermag aber diesen Oberzielen heute nicht zu genügen; das ist meine Beurteilung. Vielleicht täusche ich mich: Ich lasse mich gerne belehren, Herr Bundesrat.

Die Frage stellt sich doch immer wieder: Wieviele Bauern brauchen wir in diesem Lande? Bis heute gab man auf diese Frage eigentlich keine Antwort. Wir haben sie im 6. Landwirtschaftsbericht gestellt; anlässlich der Debatte wurde sie nicht beantwortet. Alle reden vom Erhalt des bäuerlichen Grundbesitzes, vom Stoppen des Betriebssterbens. Die Zah-

len aber sprechen eine andere Sprache. Zwischen 1975 und 1985 sind 13 Prozent aller Betriebe mit Grössen bis zu 5 Hektaren verschwunden, 28 Prozent aller Betriebe zwischen 5 und 10 Hektaren und 9 Prozent der Betriebe zwischen 10 und 20 Hektaren. Total sind in diesen zehn Jahren sage und schreibe 14 000 Betriebe – ohne «Blutbad», Herr Schmid! – eingegangen.

Viele Bauern sind von den Politikern enttäuscht und haben resigniert, weil die Politiker immer wieder Versprechungen machen, sie aber nicht einhalten. Die Bauern fühlen sich im Stich gelassen von uns, von den offiziellen Bauernpolitikern! Man muss einmal mit diesen Leuten sprechen, die aufgeben mussten: 14 000 Betriebe in zehn Jahren!

Demgegenüber ist der Anteil der Betriebe mit Grössen von über 20 Hektaren um 29 Prozent gestiegen, und wer sich etwas umschaut, sieht doch, dass unsere Subventions- und Einkommenspolitik die Grossen grösser und reicher macht und die Kleinen arm lässt. Wir werden darauf sicher wieder zu sprechen kommen, auch beim Milchwirtschaftsabschluss. Wir haben heute die Situation, dass die grösseren Bauern über genügend Geld – sie verdienen sehr gut – verfügen und auch hohe Preise für Landwirtschaftsland bezahlen können. Das wissen Sie alle. Das neuste Beispiel kennen Sie aus dem Grenzgebiet zum Kanton Schaffhausen, wo Schweizer Bauern in der Bundesrepublik Deutschland Land kaufen. Deutsche Bauern mussten aufhören, dort zu produzieren; jetzt produzieren wir auf deutschem Boden und erhöhen dadurch unsere Ueberschüsse noch. Das können Schweizer Bauern tun, weil wir sehr hohe Preise auch an Landwirte bezahlen, die eigentlich kostendeckend arbeiten und keine Subventionen mehr beziehen sollten. Das spricht für Preisdifferenzierung.

Das sind Realitäten; die deutsche Bundesregierung wird anscheinend intervenieren.

Ich bin einfach erstaunt, dass solche Missbräuche nicht sofort bekämpft werden. Herr Schönenberger hat gestern gesagt, man müsse Missbräuche bekämpfen; aber diese halten seit langem an. Wir importieren also noch Ueberschüsse über Futterflächen, die im EG-Raum nicht mehr benutzt werden können, nicht einmal für Futtermittel: Schweizer Bauern benützen diese Futterflächen, um bei uns noch mehr Ueberproduktion zu erzielen, indem sie diese 10 Kilometer jenseits der Grenze ausnützen.

Unsere Landwirtschaftspolitik ist meines Erachtens Bestandteil der Sicherheitspolitik. Unsere Topographie verlangt Klein- und Mittelbetriebe, wenn wir die Oberziele unserer Landwirtschaftspolitik erreichen wollen: Unsere Landwirtschaft soll uns ja in Krisenzeiten einigermassen versorgen können.

Die Initiative will genau das erreichen. Aus diesem Grunde ist sie der Meinung, dass die bodenunabhängigen Betriebe verschwinden sollten. In der Tat sind sie nicht nötig. Wir importieren Futter, um in der Schweiz praktisch die teuersten Nahrungsmittel der Welt zu produzieren. Im Falle einer Krise wären bodenunabhängige Betriebe nicht mehr in der Lage zu produzieren; sie müssten schliessen, weil sie kein Futter mehr importieren könnten. Sie produzieren übermässig Gülle und Mist und verursachen eine Ueberproduktion im Fleischsektor, was zu Preiszerfällen führt. Gerade dadurch werden dann wieder die bodenabhängigen Aufstockungsbetriebe geschädigt. Solche Schwierigkeiten entstehen über eine Politik, die eigentlich unverständlich ist: Wenn wir zwischendurch zuwenig Fleisch haben, importieren wir doch das billigere Fleisch, anstatt teures Fleisch zu produzieren und dann noch unsere Böden übermässig mit Gülle zu belasten! Die Initiative will diese bodenunabhängigen Betriebe letztlich zum Verschwinden bringen. Das ist eine klare Aussage, und zu der sollen wir auch stehen.

Der bäuerliche Betrieb wird in der Initiative klar definiert. Man kann hier etliche Negativpunkte hineininterpretieren, aber es ist das erste Mal, dass ganz klar eine Definition des bäuerlichen Betriebes und des daraus resultierenden Anspruches auf Agrarschutz gewagt wird. Gestern wurde gesagt, im Appenzell werde ein «Blutbad» angerichtet. Das stimmt nun wirklich nicht, und hier muss ich Herrn Schmid

sagen: Sie sind ein ehrlicher Politiker, und ich weiss, Sie treiben keine Demagogie. Sie haben aber – davon bin ich überzeugt – die Initiative nicht gründlich studiert. Sie haben einfach die Argumente der Gegner zu den Ihrigen gemacht. Es ist nämlich gerade das Umgekehrte, was passiert! Zuerst stützt sich der Bundesrat in seinem Bericht auf eine Berechnung von Tänikon ab, die auf Energiewerten basiert. Sie wissen, Herr Bundesrat, es gibt verschiedene Berechnungsmodelle. Es gibt auch das Berechnungsmodell, das auf der Trockenfutterbasis angewendet werden kann, und damit erhalten Sie ganz andere Zahlen. Aber dort liegt ja gar nicht das Problem. Die Initiative will gesunde Betriebe erhalten, will ein naturnahes Bauern ermöglichen. Das heisst, dass man auf dem Boden nicht übermässig viel produzieren soll. Das ist doch auch das Anliegen des Umweltschutzes. Nun hat die Initiative klar festgelegt, wieviel Futter man auf eigenem Boden produzieren sollte und wieviel man dazu kaufen darf. Das ist etwas ganz Vernünftiges. Sie sagt dann, dass man die Preise so bestimmen muss, dass der Bauer auf seinem Boden existieren kann. Dabei ist er ja nicht eingengt, im Gegenteil.

Die Landwirtschaftspolitik muss so funktionieren, dass der Appenzeller Bauer vielleicht ökologisch sinnvoller produziert, aber dafür auch bezahlt wird.

Etwas anderes aber hat mich noch viel mehr erstaunt: Der Bundesrat hat in seiner Botschaft die Argumentation der Gegner übernommen. Der gleiche Bundesrat schickt aber eine Gewässerschutzverordnung in die Vernehmlassung, die den Belastungshöchstwert auf drei Düngergrossvieheinheiten pro Hektare beschränken will, gerade auch wegen des naturnahen Produzierens. Ich kann Ihnen sagen, dass diese Bestimmung ebenso restriktiv ist wie die Kleinbauern-Initiative. Der einzige Unterschied besteht darin, dass keine Abgeltungen vorgesehen sind, wenn die Gewässerschutzbestimmungen durchgesetzt werden. Herr Schmid, ich weiss von Ihnen, dass Sie diese Bestimmungen auch akzeptieren wollen – wir haben darüber diskutiert –, weil sie ja letztlich für ein naturnahes Produzieren sinnvoll sind. Das allerdings wird ein Blutbad geben, Herr Schmid!

Die Initiative jedoch will hier finanziell korrigieren. Ich begreife den Bundesrat nicht ganz, wenn er auf der einen Seite sagt, die Initiative fördere das Betriebssterben bei den kleinen Betrieben, und auf der anderen Seite via Gewässerschutz genau dasselbe will, was wir eigentlich alle auch wollen. Ich muss Ihnen sagen, diese Argumentation sticht einfach nicht. Ich weiss nicht, wie man so argumentieren und gleichzeitig via Gewässerschutzgesetz genau gleich restriktive Massnahmen vorschlagen kann.

Für mich sind diese 14 000 Betriebsaufgaben in den zehn Jahren zwischen 1975 und 1985 Beweis genug, dass wir in unserer Landwirtschaftspolitik umdenken sollten. In diesem Punkte weist uns die Kleinbauern-Initiative eine Richtung, einen guten Weg. Ich möchte gerne hören, wie man das besser machen könnte. Es sei denn, wir wollen, dass das Betriebssterben weitergeht! Dann bin ich aber der Meinung, dass wir auch ehrlich genug sein und das offen sagen sollten! Bei jungen Leuten, die heute vor der Berufswahl stehen, die Bauer oder Bäuerin werden und beispielsweise einen Zehn-Hektaren-Betrieb übernehmen möchten, muss doch der Vater entweder sagen können: «Schau, es hat keinen Sinn!» oder: «Du hast eine Chance!». Das muss er doch wissen; das wäre ehrliche Politik.

Wenn wir das Betriebssterben stoppen wollen, dann sehe ich in dieser Initiative heute den einzigen Weg.

Noch ganz kurz zum Aussenhandelsteil: Auch dieser wurde als sehr schlecht hingestellt. Ich habe schon gestern darüber gesprochen. Er ist liberaler. Wir haben harte Verhandlungen führen müssen, da bin ich dem Bundesrat sehr dankbar, er war in der Gatt-Runde. Er hat das heutige System verständlich erklärt, und seine Erklärungen wurden akzeptiert. Aber das System der Initiative ist liberaler. Ich kann Ihnen ein einziges Beispiel bringen: Wenn ich heute Weinändler werden möchte – das sollte doch nach unserer freien Marktwirtschaftsauffassung über Handels- und Gewerbefreiheit möglich sein –, dann ist es mir verwehrt,

Wein zu importieren. Diese Kontingente sind vergeben, und Wein importieren können nur wenige Kontingentsbesitzer. Und alle sagen: Wir haben ein freiheitliches Land! Trotzdem werden Vorrechte einfach zementiert.

Wenn diese Initiative angenommen wird, kann ich Weinändler werden. Aber ich muss mich verpflichten, auch einheimischen Wein zu verkaufen. Welches System ist nun liberaler? Das muss ich Sie schon fragen! Dieser Aussenhandelsteil bringt neue Verhandlungen für den Bundesrat, das bringt ihm etwas Arbeit. Aber das System wird einfacher, liberaler. Frau Monika Weber hat gestern darauf hingewiesen, dass das Leistungssystem an sich etwas Gutes sei. Ein letztes Argument, das immer wieder gebracht wird: Die Administration. Seien wir doch ehrlich: Gibt es in unserem Staat einen Bereich, der weniger Administration kennt als die Landwirtschaft? Ich bin überzeugt, es gibt ihn nicht. Es wäre interessant, einmal festzustellen, wieviele Beamte, wieviele Verbandsfunktionäre heute in der Landwirtschaft tätig sind. Ich glaube nicht, dass diese Initiative mehr Administration bedeutet.

Abschliessend und zusammenfassend bitte ich Sie, dieser Initiative zuzustimmen. Sie bringt uns die längst fälligen Korrekturen unserer Landwirtschaftspolitik und sorgt dafür, dass im Sektor Landwirtschaft die Armen nicht noch ärmer werden.

Danken möchte ich den Initianten. Unsere Kleinbauern kämpfen ums Ueberleben, und sie schaufeln sich nicht das eigene Grab, davon bin ich felsenfest überzeugt.

Der Präsident, Herr Hochuli, wurde im Ausland für diesen Kampf ausgezeichnet. In der Schweiz hat er diesen Dank noch nicht erhalten. Ich bin überzeugt, dass ihm das Schweizervolk bei der Abstimmung diesen Dank übermitteln wird.

Schoch: Herr Piller hat mit seinem Votum scharf auf Herrn Schmid geschossen. Er hat auch die Ausserrhoder Bauern getroffen, und Sie gestatten mir daher zweifellos, dass ich mich neben Herrn Schmid in die Front stelle und einige sachlich falsche Behauptungen richtigstelle. Offenbar haben noch nicht alle Mitglieder dieses Rates – zumindest Herr Piller nicht – begriffen, worum es geht. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass sich Herr Piller vom Titel der Initiative bluffen lässt und meint, wenn es im Titel heisst: Kleinbauern-Initiative, dann sei das eine Initiative, die den Kleinbauern auch helfe. Das ist nicht der Fall, und ich werde Ihnen das in zwei, drei Sätzen dartun. Zwar muss ich betonen, dass auch ich mit der Stossrichtung der Initiative einverstanden bin. Im Grundsatz sind Herr Piller und ich eigentlich gar nicht weit voneinander entfernt. Die Stossrichtung der Initiative ist bestechend, und ich könnte der Initiative über weite Strecken zustimmen.

Aber – und jetzt kommt das grosse Aber – die Initiative ist ein Rundschlag, und sie würde in unserem Kanton – also in Appenzell-Ausserrhoden – und in Appenzell-Innerrhoden einen Kahlschlag – eben das zitierte Blutbad – bedeuten.

Wenn Herr Piller meint, das seien bloss Juristereien und Sophistereien, die gegen die Initiative vorgebracht würden, dann steht er weit neben seinen Schuhen! Das hat mit Juristerei überhaupt nichts zu tun, sondern mit den effektiven Verhältnissen in der Landwirtschaft unserer voralpinen Hügellzone. Unsere Bauern betreiben heute die Landwirtschaft nach einem ganz bestimmten System, das sie eigentlich nicht selbst erfunden haben, sondern das ihnen der Bund vorgezeigt hat: Bei uns wird im grössten Teil der Landwirtschaft mit Aufstockungsbetrieben gearbeitet. Genau gegen diese Aufstockungsbetriebe richtet sich doch die Initiative oder mindestens deren erster Teil, die Absätze 1 und 2!

Ich bin kein Verfechter des Systems von Aufstockungsbetrieben. Das muss hier in aller Form gesagt sein. Ich bin kein Anwalt der Bahnhofsbauern. Aber wir haben im Kanton eben mindestens die Hälfte – wahrscheinlich mehr – Aufstockungsbetriebe. Wenn die Initiative angenommen würde, würde das heissen, dass diesen Betrieben von einem Tag auf den anderen die Existenzgrundlage entzogen würde.

Das würde also bedeuten, dass wir alle diese Kleinbauern einfach ohne Schirm in den Regen hinausschicken würden! Genau das darf nicht passieren. Wir müssen zuerst die Weichen in dem Sinne neu stellen, dass wir den betroffenen Kleinbauern mit Aufstockungsbetrieben eine neue Existenzgrundlage geben. Wenn wir das gemacht haben, wenn der Schirm bereitgestellt ist, dann können wir auch im Sinne der Initiative für eine naturnahe Landwirtschaft etc. sorgen. Zuerst müssen wir aber den Schirm bereitstellen. Gerade das ist der Grund, weshalb ich mich mit Herrn Schmid dem Antrag Zimmerli anschliesse und meine, es müsse eine Rückweisung erfolgen und ein direkter Gegenvorschlag geschaffen werden.

Ich kenne die Verhältnisse in unserem Kanton, Herr Piller. Ich weiss, dass das, was ich sage und was Herr Schmid gesagt hat, richtig ist. Sie haben offenbar Mittellandbetriebe vor Augen und können sich nicht vorstellen, welche Folgen das Leistungsprinzip in der Berglandwirtschaft unseres Kantons gehabt hat und wie sich diese Berglandwirtschaft heute präsentiert. Gerade weil ich die Verhältnisse hautnah kenne, weiss ich, dass wir der Initiative so, wie sie vorliegt, nicht zustimmen dürfen. Ich bin überzeugt, dass es richtig ist, den Gegenvorschlag auszuformulieren.

Meier Hans: Der Rückweisungsantrag von Herrn Zimmerli ist zweifellos gut gemeint. Aber Sie müssen sich auch überlegen, was Sie damit auslösen. Sie können in einem neu formulierten Verfassungsartikel nicht nur die bäuerlichen Anliegen berücksichtigen. Sie dürfen auch nicht im Zusammenhang mit taktischen Überlegungen nur die Rothen-thurm-Initiative anführen. Wir hatten doch auch ein Referendum gegen eine bescheidene Ausdehnung des Zuckerrübenbaus. Sie haben in diesem Zusammenhang gehört, was für Forderungen gegenüber der Landwirtschaft geltend gemacht werden. Ich erinnere Sie an die Motion Zumbühl, die vor noch nicht allzu langer Zeit in diesem Rat behandelt wurde. Sie forderte weitere Schutzmassnahmen an der Grenze, weil der Import von Fischen und Krustentieren gegenüber dem Courant normal ganz beträchtlich angestiegen war. Herr Miville hat darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Konsumenten den Speisezettel nicht aufgrund von weiteren Importsperrern vorschreiben lassen wollen. Wenn angeführt wird, Schweizer Bauern würden in der Bundesrepublik Deutschland Boden kaufen, muss ich daraus den Schluss ziehen, dass es der schweizerischen Landwirtschaft doch nicht so schlecht gehen kann!

Ich bitte Sie zu bedenken: Wenn Sie einen neuen Verfassungsartikel zur Landwirtschaft wollen, dann lösen Sie Vorstösse der interessierten Gruppen aus: der Konsumenten, der Grossverteiler, der Wirtschaft, der Grünen usw. Sie bringen doch nicht innert nützlicher Frist alle diese Kreise unter einen Hut! Zuletzt werden wir dastehen wie der Zauberlehrling und klagen: «Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!»

Aus diesen Überlegungen stimme ich gegen Rückweisung.

Villiger, Berichterstatter: Ich will jetzt nicht die Debatte zusammenfassen oder wiederholen, was ich schon gesagt habe. Aber Sie sehen, um auf den Antrag Zimmerli zu kommen: Die Debatte hat gezeigt, dass sich unter einem Gegenvorschlag jeder – je nach politischer Präferenz – etwas anderes vorstellt. Die Vorstellungen reichen von der relativ offenen Formulierung des Kollegen Zimmerli bis zu den präzisen zwei Elementen, die für Herrn Piller Bedingung für die Zustimmung bilden: also von klarer Definition des bäuerlichen Betriebes – mit allen Schwächen, die die Initiative hat – bis zu einer präzisen Formel für den Importschutz. Es ist sehr fraglich, ob es so leicht ist, den breiten Konsens zu finden, der nötig wäre, um einen solchen Gegenvorschlag politisch tragbar zu machen und als wirkliche Waffe im Kampf gegen die Initiative brauchen zu können. Ich bin mir allerdings bewusst, dass es eine faszinierende und interessante Aufgabe wäre. Die Erfolgsaussichten sind aber doch eher fraglich. Dies ist einer der wesentlichen Gründe,

weshalb die Kommission Ihnen Ablehnung des Antrages Zimmerli empfiehlt.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Si vous le voulez bien, je me conformerai aux indications formelles que vous avez données quant à la conduite du débat et je ne traiterai maintenant que la proposition Zimmerli, me réservant, s'il y a une deuxième partie au débat, d'intervenir alors quant au fond pour traiter plus particulièrement l'initiative.

Une très large majorité de votre commission, et sans doute de votre conseil, est hostile à l'initiative, fallacieusement intitulée «pour une protection des exploitations paysannes, en faveur des petits paysans», et je me félicite de cette majorité car cette initiative est inacceptable. Elle partage en effet l'agriculture en deux, d'une part des exploitations dites paysannes qui, seules, seraient dignes d'être soutenues, et d'autre part des exploitations non paysannes sans doute. Un tel partage se heurte à d'immenses difficultés, engendre des injustices insupportables et n'est de surcroît que partiellement applicable.

En outre, je me félicite de cette majorité dans la mesure où l'exigence stricte concernant la base fourragère propre selon l'alinéa 2, lettre b, de cette initiative aurait pour conséquence qu'un grand nombre de petites exploitations qui ont développé la production animale perdraient leur base d'existence et, sur ce point, l'analyse faite par MM. les députés du pays d'Appenzell hier et aujourd'hui est parfaitement exacte, Monsieur Piller. Je me félicite ensuite de cette majorité, dans la mesure où la nouvelle réglementation à l'encontre des importations que prévoit cette initiative aurait de graves conséquences dans le domaine du commerce extérieur, impliquerait une nouvelle négociation de notre régime agricole au GATT au plus mauvais moment – et au nom du ciel, absolument à contre-courant de ce qui se négocie aujourd'hui – qu'elle aurait des influences insupportables et indéfendables internationalement parlant dans les accords qui nous lient aux autres pays de l'AELE et à la Communauté, et qu'évidemment ces effets ravageurs ne seraient pas seulement perçus et ressentis dans le secteur agricole mais dans toute l'économie suisse dont vous savez à quel titre elle dépend du volume et de la qualité de ses exportations.

Je me félicite enfin de cette majorité hostile à l'initiative dans la mesure où elle introduirait, à l'intérieur de la maison, un ordre juridique incompatible avec l'ordre normal de notre constitution et du partage des pouvoirs entre le Conseil fédéral et les Chambres, en ce sens que ce serait le Conseil fédéral qui, aux termes de l'initiative, serait directement habilité à légiférer en matière agricole alors que la répartition élémentaire des pouvoirs veut que cela soit le fait, dans ce domaine comme dans tous les autres, du Parlement et non pas du gouvernement.

J'aurai l'occasion de revenir sur les éléments propres à réfuter cette initiative, je me réjouis simplement de la majorité qui se révèle au Conseil des Etats contre cette initiative. Si l'on veut être logique et aller droit au but, si l'on veut être efficace, il faut simplement et clairement dire non à cette initiative, sans chercher à lui opposer *in extremis* un contre-projet direct qui serait préparé sous l'effet de la panique et assurément dans la plus grande précipitation. C'est la raison pour laquelle je vous demande, Monsieur Zimmerli, et vous, mesdames et messieurs les députés, de renoncer à cette proposition insolite et tardive. M. Zimmerli se dit lui-même globalement satisfait de la politique agricole qui est conduite dans ce pays, non pas enthousiaste car je ne connais pas de politique agricole qui soit parfaite au point de déclencher l'unanimité des paysans et des non-paysans, des gros et des petits paysans. Nulle part au monde cela existe, mais cette politique agricole est, vous le dites vous-même, globalement satisfaisante. Dans ce cas, on ne cherche pas, me semble-t-il, à modifier les bases sur lesquelles se fonde une telle politique et en particulier à détruire l'édifice constitutionnel à partir duquel elle a été élaborée et menée, même si apparemment un désir de transparence, une volonté de «Glasnost» vous animent.

L'initiative, pour vicieuse et inacceptable qu'elle soit dans la plupart de ses intentions, révèle, ici ou là, quelques directions acceptables et propose des objectifs que nous pourrions partager. Ces derniers sont de loin moins nombreux et moins importants que les objectifs inacceptables mais il y en a cependant quelques-uns, qui correspondent d'ailleurs à la direction que nous avons suivie et que, par volonté politique, nous voulons continuer de suivre, sans qu'il soit nécessaire de modifier une virgule à la constitution.

Je vous cite quelques exemples. Nous avons pu maintenir et étendre des mesures prises en faveur des exploitants de petites surfaces agricoles et des exploitants de montagne. La contribution nouvelle de 90 millions de francs que nous avons introduite au budget de cette année en est un exemple. Il ne s'agit pas d'une dépense artificielle, contre-nature, qui irait à contre-courant de l'économie, il s'agit d'une prise en charge justifiée de ces petites exploitations au nom des missions non nutritionnelles que l'agriculture, et plus particulièrement la nôtre, doit accomplir – je pense à l'entretien des sites cultivés, à la protection de l'environnement, entre autres.

Deuxième exemple, nous avons pu, avec les bases constitutionnelles actuelles, maintenir, et nous pourrions même renforcer, les mesures visant à lutter raisonnablement contre la concentration de la propriété foncière et la détention d'animaux.

Troisième exemple, nous avons pu porter une attention sans cesse croissante aux aspects écologiques, en particulier en ce qui concerne l'utilisation des matières auxiliaires et la protection de l'environnement au sens le plus large du terme.

Quatrièmement, je constate que nous avons pu tenir un plus grand compte du système de prise en charge et de prélèvement de taxes dans le cadre de la réglementation des importations, en prenant en considération le volume traditionnel de celles-ci.

Cinquièmement, je remarque que nous avons pu contenir de manière utile les fâcheuses tendances à la surproduction. Dans ce secteur, tout n'est pas encore accompli, mais quels progrès avons-nous obtenus ces dernières années! Le tableau que nous avons établi, rapportant les aides financières en matière d'investissements et en politique des structures, les garanties de prix et le placement des produits, les paiements directs et les mesures sociales ainsi que des mesures concernant certains secteurs particuliers attestent éloquemment de ce qui a été fait et, si la volonté politique est toujours présente, de ce qui pourra être fait dans le sens des quelques remarques positives que comprend l'initiative, sans qu'il soit nécessaire d'aller en hâte construire un projet d'amendement constitutionnel.

Sur ce point, je réponds très catégoriquement par un oui à la question posée hier par M. Delalay, qui désirait savoir si vraiment l'arsenal constitutionnel en main du Conseil fédéral lui permettait, ainsi qu'au Parlement, d'accomplir réellement les missions selon les intentions de l'initiative.

Ce que vous me demandez, Madame Weber, Monsieur Gadiet, Monsieur Cavelti, peut donc être atteint, sans que l'on ait à changer une seule virgule de notre constitution. La meilleure preuve, Monsieur Cavelti, est l'état de préparation avancée de formules tendant à l'agriculture douce, dont les produits seraient signalés aux consommateurs. J'insiste sur ce point. L'aboutissement des démarches qui sont en cours dans ce domaine ne dépend nullement d'une modification de la Constitution fédérale, mais bien de l'achèvement de la loi sur l'information des consommateurs et de la volonté des producteurs et du Conseil fédéral de conduire ce projet à maturité.

La proposition Zimmerli apparaît donc comme superflue, mais aussi comme irréalisable, vu le calendrier auquel nous serions soumis si, aujourd'hui, d'aventure, une majorité se dessinait dans ce conseil en faveur de cette proposition. Il s'agirait en effet de mettre en chantier un projet d'article ou d'alinéa constitutionnel, dont on peut imaginer que la préparation minutieuse exigerait, avant que le Conseil fédéral ne puisse se déterminer à son propos, un certain nombre de

semaines, voire de mois. Puis, ce projet nécessiterait une large consultation qui ne pourrait pas être faite à la sauvette, mais qui porterait sur les milieux de la production et de la consommation de tous les cantons, bien entendu, et dont je pense que l'hiver prochain devrait lui être consacré. Ensuite, ce serait l'élaboration d'un message aux Chambres fédérales qui devraient se décider successivement, la dernière d'entre elles devant impérieusement se prononcer lors de la session de décembre 1989, afin que le délai du 27 février 1990 puisse être tenu.

Il est évident que ce délai est théoriquement tenable, que ce calendrier est théoriquement possible, que cette procédure est académiquement concevable bien que n'ayant aucune vraisemblance politique. Il a fallu plus de quatre ans au Conseil fédéral, puis aux Chambres, pour accoucher d'une modification de la loi sur l'agriculture, et également quatre ans pour mettre sur pied un arrêté sur l'économie laitière, à condition que le Conseil des Etats l'accepte, soit aujourd'hui soit demain, ce qui n'est pas certain, des divergences le séparant peut-être d'avec le Conseil national.

Comment peut-on imaginer, alors que les questions agricoles sont si controversées et si importantes, qu'une modification de la constitution, intervenant sur un appareil qui est en place depuis quarante ans et qui n'a pas été touché durant ce laps de temps, puisse être conduite au pas de charge et nous faire aboutir réellement à une décision cohérente dans un délai de 18 mois? Cela est de la pure et simple utopie. En effet, ce débat constitutionnel ira bien au-delà de la limite que vous lui assignez dans vos propositions. C'est toute la politique agricole qui sera débattue. Cet article sera manifestement contesté d'entrée de cause par ceux qui imaginent qu'il ne va pas assez loin et par ceux qui sont de l'avis contraire. Ce contre-projet déclencherait d'immenses débats, au stade de la consultation, d'abord, débats qu'il sera extrêmement difficile d'arbitrer, notamment dans un délai aussi court que celui qu'implique la procédure actuellement engagée. Il est ensuite impossible d'imaginer que les débats aux Chambres soient sereins, univoques et parfaitement convergents. Lorsque nous avons un débat agricole, il apparaît à chaque fois et par définition, de très profondes divergences, et la recherche du consensus réclame de nombreuses séances, que ce soit en commission ou en plenum. Preuve en est l'arrêté laitier. Comment peut-on donc croire que ce vaste débat, devant aboutir à un article constitutionnel sur l'agriculture, puisse être conduit à son terme favorablement et dans des délais aussi ridiculement courts?

Je m'empresse de dire que si ces délais sont courts ce n'est certes pas parce que le Conseil fédéral aurait attendu, selon une vieille ficelle, une vieille tactique, le dernier moment pour vous présenter son message sur l'initiative Hochuli. Le Conseil fédéral a tenu à pouvoir apporter la preuve tangible de son intention d'aller là où l'initiative Hochuli est bonne et, en particulier, d'introduire cette nouvelle forme de paiement direct relatif qui, finalement, a pu faire l'objet d'une ordonnance du Conseil fédéral au printemps 1988 seulement. Et même si nous avions précipité le mouvement au stade du Conseil fédéral et que nous vous ayons présenté notre message une année plus tôt, par exemple, ce délai supplémentaire n'aurait encore pas suffi à conduire un débat complet et serein sur une modification de l'importance et de la signification que vous voulez lui donner.

Imaginer qu'un contre-projet, quel qu'il soit, puisse être de nature à apaiser les initiants, à recueillir leur assentiment est un leurre pur et simple. Aussi, je suis reconnaissant à M. Piller – dont je ne partage pas tous les propos, et je lui répondrai dans la deuxième partie du débat, si toutefois elle a lieu – d'avoir, dans son intervention d'hier, montré quel était le niveau des exigences des initiants pour se replier éventuellement sur une autre proposition: ce niveau d'exigences tant en matière de définition de l'exploitation paysanne de type familial qu'en matière de politique de protection à la frontière était tel que même la modification constitutionnelle la plus audacieuse, fondée sur votre proposition, ne pourrait en rien satisfaire les initiants.

Alors, votre formule, Monsieur Zimmerli, dont j'ai dit qu'elle

était superflue, irréalisable, – nous sommes ici sur le terrain, nous sommes dans la réalité politique – va certainement encore à fins contraires parce qu'elle nous aura divisés. Les adversaires de l'initiative n'auront pas pu accoucher de ce texte miracle dans les délais convenables et nous nous présenterons ainsi au vote populaire sur cette initiative, sans que le Parlement ait pu apporter son avis, ce qui est quand même un affaiblissement insupportable de positions qui sont déjà quelque peu menacées, je vous l'accorde volontiers. Et si par utopie – c'est mon tour – le projet était quand même adopté dans les délais, il montrerait une faille dans l'attaque des problèmes par les opposants à l'initiative, à savoir d'un côté le Conseil fédéral affirmant qu'il n'y a pas besoin de faire un contre-projet direct et une majorité de l'Assemblée fédérale prétendant le contraire. Ce serait du pain béni pour les artisans de l'initiative qui ne manqueraient pas de signaler les contradictions, le désarroi du camp adverse et qui, ainsi exploiteraient cela très directement à des fins contraires de celles que, légitimement, en toute bonne foi, vous avez souhaitées. Je vous demande de ne pas céder à la crainte, de ne pas vous embarquer dans une aventure illusoire et superflue et, par conséquent, à ce stade important de notre réflexion et du débat public, de vous opposer à la proposition de M. Zimmerli.

Abstimmung – Vote

Für den Rückweisungsantrag Zimmerli	15 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	24 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Seller: Wir haben festgestellt, dass zwei verschiedene Partner eine Initiative lanciert haben. Einige der Zielsetzungen der Initiative entsprechen der allgemeinen, offiziellen Landwirtschaftspolitik und sind auch im 6. Landwirtschaftsbericht nachlesbar. Andere sind aber in ihrer Formulierung so extrem, dass man sich ernsthaft fragen muss, ob sie überhaupt durchführbar wären. Die Initianten verlangen zum Beispiel, dass Schutz- und Fördermassnahmen der Agrarpolitik auf sogenannte bäuerliche Betriebe beschränkt werden. In Einzelfällen würde die von den Initianten gegebene Definition eventuell ausreichen, um die Einteilung dieser Betriebe vorzunehmen. In Hunderten oder Tausenden von Fällen aber müssten dafür exakte Erhebungen gemacht werden.

Herr Ständerat Piller hat bereits darauf hingewiesen, dass sehr viele Beamte auf dem Gebiet der Agrarpolitik tätig sind. Er ist sogar der Meinung, dass diese genügen würden, um nach Annahme der Initiative diese Massnahmen durchzuführen. Ich glaube das nicht und möchte zu diesem speziellen Aspekt Stellung nehmen.

Dass eine Zuordnung der Betriebe möglich ist, hat eine vom Volkswirtschaftsdepartement vor einigen Jahren eingesetzte ausserparlamentarische Expertenkommission festgehalten. Diese hatte den Auftrag zu überprüfen, ob eine einzelbetriebliche Bewertung aller 130 000 Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Schweiz möglich und mit welchem Aufwand sie verbunden wäre. So eine Art Betriebskataster

ist unumgänglich, sollten die Forderungen gemäss Initiative in die Praxis umgesetzt werden, denn nur so könnte man feststellen, welche Betriebe tatsächlich bäuerliche sind und vor allem, welche Preis- und Beitragsstaffelungen den Betrieben schliesslich auszubehalten wären. Die erwähnte Expertenkommission schätzte damals den finanziellen und zeitlichen Aufwand für die erste Erfassung aller Betriebe (für einen Betriebskataster) und für die laufenden jährlichen Ueberprüfungen der Betriebe. Das Resultat war ernüchternd: Damit innerhalb von drei Jahren – was als Zielsetzung angenommen wurde – die Arbeiten abgewickelt werden könnten, müssten 44 bis 87 Teams – je nachdem, wieviele Betriebe pro Tag erfasst würden – gebildet werden, und dies würde Kosten von 18 bis 35 Millionen Franken verursachen. Das war Stand 1983. Da auch Nachführungen und Ueberprüfungen notwendig sind, kalkulierten die Experten – inklusive EDV-Leistungen – Folgekosten von noch einmal 2,5 Millionen Franken pro Jahr. Die Empfehlung lautete deshalb ganz eindeutig: «Die Einführung eines Betriebskatasters ist zu aufwendig.» Damals ging es natürlich noch nicht um die Ausscheidung und Bewertung von sogenannten bäuerlichen Betrieben. Man wollte einfach die groben Raster der Einteilung nach Bergzonen, Uebergangszonen und Talzonen verfeinern und die negativen Aspekte der allzu summarischen Bewertungen ausmerzen.

Nebst dem immensen Aufwand für die Erstellung eines Betriebskatasters ist aber zusätzlich zu bedenken, dass sich die Landwirte durch die exakte Erfassung aller Produktionsbedingungen auf EDV in ihrer persönlichen Freiheit noch eingengter fühlen würden als bisher. Die Annahme der Initiative würde also den Dirigismus in der Landwirtschaft noch weiter treiben und zudem ein wichtiges Ziel unserer Agrarpolitik, das Leistungsdenken, bedenklich zurückbinden.

Da sich auch keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag finden liess, bin ich der Meinung, dass die Kleinbauern-Initiative abgelehnt werden muss.

Schönenberger: Ich habe bereits gestern darauf hingewiesen, dass ich heute noch zur Initiative als solcher sprechen möchte. Ich habe nämlich in der Kommission den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Initiative gestellt, wiederhole diesen aber gemäss alten Gepflogenheiten im Plenum nicht mehr, weil ich mit 7 zu 1 Stimmen unterlegen bin. Lediglich drei Mitglieder der Kommission haben mir durch Stimmenthaltung wenigstens ihre Sympathie bekundet.

Ich habe diesen Antrag auf Ungültigkeitserklärung gestellt, weil die Initiative praktisch gar nicht durchführbar ist. Ich verweise darauf, dass in Absatz 1 der Initiative der Schutzbereich der Gesetzgebung auf bäuerliche Betriebe beschränkt ist, und dies ist nicht durchführbar. Wenn Sie Einfuhrschutzmassnahmen wie Importabgaben oder Mengengrenzungen erlassen – diese führen zur Verteuerung der Importe –, profitieren automatisch alle Betriebe und nicht nur die sogenannten bäuerlichen Betriebe. Die Initiative unterscheidet ja zwischen bäuerlichen und nichtbäuerlichen Betrieben. Dasselbe gilt bei internen Preisstützungsmassnahmen wie Milchkontingentierung oder Exportförderung.

Auch bei Förderungsmassnahmen allgemeiner Art, wie zum Beispiel bei Güterzusammenlegungen, Strassenbauten usw., profitieren sämtliche Betriebe. Denn Sie können nicht eine Güterzusammenlegung nur für die bäuerlichen Betriebe durchführen.

Absatz 2 bringt grosse Durchführungsprobleme und führt zu Ungerechtigkeiten. Es steht nicht fest, wer ein selbständiger Bauer oder eine selbständige Bäuerin ist. Noch viel weniger ist der Begriff «Kleinbauer» definiert. Herr Hochuli war auch in der Kommission nicht in der Lage, diesen Begriff zu definieren. Auf jeden Fall hat er ganz andere Vorstellungen von einem Kleinbauern als unsere Appenzeller Vertreter oder ich als Vertreter des Kantons Sankt Gallen; die Verhältnisse liegen dort eben ganz anders als im Mittelland.

Wenn die Futterbasis eines jeden Landwirtschaftsbetriebes

in der Schweiz festgelegt werden müsste, müsste ein ganzes Heer von Beamten angestellt werden.

Aus all diesen Gründen erachte ich die Initiative als undurchführbar. Der Bundesrat hat in Ziffer 143 der Botschaft zur Durchführbarkeit der Initiative Stellung genommen und eine recht sibyllinische Antwort gefunden. Sie lautet:

«Die mit der Initiative geforderte Beschränkung des Agrarschutzes auf bäuerliche Betriebe würde grosse rechtliche und tatsächliche Durchführungsprobleme mit sich bringen. Im übrigen gibt es jedoch keine bundesrechtliche Bestimmung, wonach eine undurchführbare Initiative für ungültig erklärt werden muss. Undurchführbare Aufgaben können aber nicht in den Bereich staatlicher Aktivitäten fallen. Deshalb könnte darüber vernünftigerweise auch keine Volksabstimmung durchgeführt werden.»

Und trotzdem führen wir eine Volksabstimmung durch, nur weil wir nicht den Mut haben, die Konsequenz aus den Feststellungen, die der Bundesrat schon gemacht hat, zu ziehen!

Wie gesagt: Ich verzichte auf einen Antrag, ersuche aber den Bundesrat, in Zukunft eine härtere Gangart einzuschalten und Verfassungsinitiativen auch auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen, dem Parlament aber auch konsequent Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen, wenn die Gegebenheiten es verlangen. Wir können es uns doch nicht leisten, unsere Bundesverfassung zu einem Sammelurium von Vollzugsvorschriften zu degradieren!

Damit bin ich bei einem weiteren Punkt, den ich erwähnen möchte: Weil wir nämlich keine Gesetzesinitiative kennen, weichen die Initianten regelmässig auf die Verfassungsinitiative aus, und so bringen wir Kraut und Kabis in unsere Verfassung hinein. Später beklagen wir uns dann wieder, dass es an prägnanten Verfassungsbestimmungen fehle.

Noch einige Gedanken zur Initiative selbst: Ich habe bereits gestern auf Artikel 31bis der Bundesverfassung verwiesen. Ich will nichts wiederholen, was ich schon gesagt habe, halte aber ausdrücklich fest, dass die Initianten ohne Umschweife anerkennen, dass durch die Initiative an der grundsätzlichen Zielrichtung des Agrarrechtes – ich bedaure, dass Herr Onken das nicht hört –, nämlich an der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer lebensfähigen Landwirtschaft, wie es die geltende Vorschrift in der Bundesverfassung vorschreibt, nichts geändert werde. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel erscheine aber als eigentliche Ausführungsvorschrift auf Verfassungsebene, die den generellen Schutzauftrag von Artikel 31bis BV konkretisiere.

Ich brauche wohl nicht lange darzulegen, dass wir in der Verfassung keine Ausführungsvorschriften brauchen. Darauf habe ich bereits gestern hingewiesen. Beachten Sie aber bitte auch die übrigen unmöglichen, unklaren und missverständlichen Formulierungen wie z. B. die Definition des bäuerlichen Betriebes oder des Kleinbauern! Nehmen Sie aber auch Rücksicht auf den weiteren Wildwuchs! So ermächtigt die Initiative in Absatz 2 den Bundesrat – entgegen unseren staatsrechtlichen Vorschriften – zum Erlass der nötigen Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungsweg. Damit wird das Parlament ganz klar ausgeschaltet.

In Absatz 3 werden dem Bundesrat sogar direkt Rechtssetzungskompetenzen zugebilligt, womit die Kompetenzen von Exekutive und Legislative völlig vermischt werden.

Mit der Initiative soll ganz offensichtlich Strukturpolitik betrieben werden. Das ist aber nicht möglich. Der Staat ist nicht dafür da, nicht lebensfähige Betriebe über Wasser zu halten. Hier liegt die grosse Fehlüberlegung der Initianten. Mit der Annahme der Initiative retten wir keinen einzigen bäuerlichen Betrieb, ganz im Gegenteil. Darauf ist bereits hingewiesen worden.

Die Landwirtschaftsbetriebe, die heute nicht mehr existieren, sind nicht wegen einer verfehlten Landwirtschaftspolitik verschwunden, sondern es hat sich vor allem um eine Gesundschumpfung gehandelt, die im übrigen meiner Überzeugung nach noch weitergehen muss. Ich will nichts mehr wiederholen. Aber es scheint sich in letzter Zeit ein

Wandel in der Landwirtschaftspolitik abzuzeichnen. Der Bundesrat verweist in seiner Botschaft auch auf diesen Punkt, und dieser Wandel geht in einzelnen Punkten in Richtung der Ziele der Initianten.

Lassen wir diesen Wandel sich ruhig vollziehen. So ist allen bedeutend mehr gedient als mit massiven Eingriffen, die unsere Stellung auf dem europäischen Markt in Frage stellen müssten.

Jagmetti: Ich möchte nur einen Punkt aus dieser Initiative aufgreifen. Ich spreche gar nicht zum materiellen Gehalt, zu dem ich auch Vorbehalte grösserer Art habe.

Das Problem, auf das aber Herr Schönenberger soeben hingewiesen hat, möchte ich doch noch aus meiner Sicht und mit Nachdruck behandeln: Es ist diese Delegation an den Bundesrat in Absatz 2 und Absatz 3. Es soll hier also Verfassungsrecht geschaffen werden, und dann wäre es Sache der Regierung, die Regelung in den Einzelheiten zu treffen. Aber diese Bestimmungen, die da auszuführen sind, vertragen sich mit unserem heutigen Landwirtschaftsgesetz in vielen Teilen nicht. Ich sehe beispielsweise nicht ein, wie wir die Artikel 19a ff. mit den Stallbaubeschränkungen und den Tierbeständen ohne weiteres einfach beibehalten und durch Verordnungen etwas an diese Verfassungsbestimmung anpassen können. Nein, wir werden das, was im Gesetz steht, abändern müssen – das alles auf dem Verordnungsweg –, um die Regelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, zu erreichen. Bei den von Absatz 3 erfassten Fragen wird ohnehin die ganze Regelung auf Verordnungsebene getätigt. Es werden hier also gesetzergänzende, aber auch gesetzändernde Verordnungen in beliebiger Zahl zu erlassen sein.

Herr Schönenberger hat gesagt, das schliesse das Parlament aus. Ich würde noch weitergehen. Die vorgeschlagene Ordnung schliesst auch den Bürger aus, vergessen wir das nicht! Wir schalten ja nicht nur die parlamentarische Debatte zu all dem aus, sondern wir schalten auch das fakultative Referendum aus. Ist das nun gerechtfertigt? Ist es gerechtfertigt, an unserem demokratischen Entscheidungsweg derart zu rütteln, das Parlament auf die Seite zu schieben und das fakultative Referendum auszuschalten, um bestimmte Zielsetzungen zu erreichen? Das ist der Weg zu einer plebiszitären Demokratie, wo man mit einer Verfassungsbestimmung dem Volk einmal einen Entscheid vorlegt und nachher alles unter Ausschaltung der ordentlichen Entscheidungswege macht. Damit kann ich mich einfach nicht einverstanden erklären. Ich warne Sie davor: es geht hier nicht nur um diese Fragen, es wird dieser Weg dann auch in anderen Fragen eingeschlagen. Wer für unsere strukturierte Demokratie eintritt, kann solchen Wegen nicht zustimmen.

Ich weiss, dass man eine solche Initiative auch unter einer Etikette sehen kann: Man kann von Signalwirkung sprechen, man kann eine Initiative als wünschbar bezeichnen, damit Bewegung in unsere Agrarpolitik kommt. Aber wir setzen hier nicht nur ein Signal, wir schaffen verbindliches Recht auf der obersten Rechtssetzungsstufe! Ich warne vor diesem Weg, der hier unter Ausschaltung der klassischen, strukturierten Entscheidungsstufen unserer gut funktionierenden Demokratie eingeschlagen werden soll. Wenn ich «gut funktionierend» sage, weiss ich natürlich, dass wir Schwierigkeiten haben mit der Stimmbeteiligung, mit der Vielfalt von Abstimmungen. Ich will gar nicht sagen, dass die Institutionen vollkommen sind und dass die Ordnung aufs Beste klappt; aber sie ermöglicht dem Bürger, an der Gesetzgebung teilzuhaben, und das dürfen wir nicht ausschalten.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je ne reviendrai pas longuement sur les motifs de rejet de l'initiative, d'abord parce qu'ils ont été exposés, hier et aujourd'hui, par plusieurs orateurs unanimes dans leurs sentiments, ensuite parce que j'ai eu l'occasion d'en dire quelques mots tout à l'heure lors de ma première intervention. Je me contenterai d'énumérer

ici les raisons essentielles, selon nous, de repousser cette initiative.

Tout d'abord, la distinction entre exploitations dites paysannes et autres exploitations non paysannes serait une tâche ardue et très lourde sur le plan administratif car les critères de délimitation ne sont pas des normes comptabilisées, des barèmes clairement établis. Ils dépendent au contraire de la situation et de l'emplacement de ces exploitations, de la nature du sol, de l'altitude, des conditions météorologiques habituelles des régions et aussi, dans une certaine mesure, du genre de culture que l'on peut y faire. Vouloir introduire tout cela dans l'équation pour parvenir ensuite, de manière définitive, à une distinction claire entre ces deux catégories est une tâche impossible. A supposer qu'on arrive à s'approcher d'une telle définition, l'application de cette distinction entraînera alors, Monsieur Piller, un «manichéisme» absolu, l'opposé de ce que doivent être des règles valables pour la vie économique et pour la vie agricole en particulier. On aura d'un côté ceux qui sont réputés «bons» et qui recevront la manne et un soutien substantiel, et de l'autre côté les «mauvais», ceux qui ne méritent rien, ceux qui doivent assumer seuls l'ensemble de leur exploitation.

Une telle distinction, un tel «manichéisme» – je répète ce mot à dessein – fondé de surcroît sur des critères impossibles à reconnaître comme généraux, objectifs et satisfaisants, est déjà en soi un motif de rejet de cette initiative, d'autant que son application exigerait une bureaucratie fédérale et cantonale s'ajoutant à l'appareil administratif déjà assez lourd dont nous devons disposer aujourd'hui pour réaliser une politique agricole qui n'est pas simple dans son application! Ne la rendez pas si compliquée qu'elle en devienne impossible.

Ensuite, je le répète, nous devons constater qu'une étude portant sur plus de 3300 exploitations témoins nous conduit à remarquer qu'en plaine 20 pour cent des exploitations seraient touchées de plein fouet, mais dans le mauvais sens, par l'initiative si elle est acceptée, et 4 pour cent en zone de montagne et 20 pour cent en plaine, du fait qu'elles tomberaient sous le coup des exigences écologiques absolument rigoureuses que pose l'initiative. Vous me direz, Monsieur Piller, qu'il est toujours possible d'interpréter une initiative. Je ne suis pas d'accord, sur ce point en tout cas, où les normes qu'elle contient sont matériellement très précises et doivent nous conduire à une application sans marge d'appréciation possible de la part du Conseil fédéral. Cette exigence écologique ainsi exprimée d'une manière absolue va plus loin que la ligne que nous voulons suivre, que les efforts que nous faisons pour nous approcher du but, et compatibiliser des règles d'écologie et de production agricole qui ne sont pas facilement compatibles je vous l'accorde, mais en tout cas l'absolu avec lequel s'exprime quant à l'exigence écologique l'initiative signifierait donc que 20 pour cent des exploitations de plaine tombant sous le coup de cette disposition seraient ainsi atteintes dans leur vif et que l'exemple qu'ont cité MM. les sénateurs d'Appenzell tout à l'heure, Rhodes intérieures et extérieures confondues, n'est pas un exemple sorti de leur pure imagination, c'est une réalité. Cette initiative dite pour la protection des petits paysans atteindrait surtout les petits paysans, ceux qui ont arrondi leur production par l'adjonction de porcheries ou autre, beaucoup plus rudement que vous ne le laissez imaginer et irait ainsi parfaitement à fins contraires. Je vous l'accorde, Monsieur Piller, les diapasons ne sont pas encore accordés, c'est le cas de le dire, entre les exigences probables de la future loi sur la protection des eaux d'une part et, d'autre part, les limites que nous devons fixer quant à la charge maximale sol/cheptel. Ne voyez pas dans une des dispositions du Conseil fédéral un projet plus rigoureux que dans les autres, une de ces éternelles contradictions entre les politiques du gouvernement, voyez-y une approche différente à propos de laquelle nous convergions, mais sans avoir encore trouvé la formule idoine. Je vous fais remarquer au demeurant que nous sommes en présence de projets et que la loi sur la protection des eaux n'est pas

encore votée. A ce moment-là sans doute conviendra-t-il de trouver en toute logique et en toute cohérence intellectuelle la correspondance entre cette exigence et celle que nous fixerons par les voies agricoles aux exploitations.

Le troisième effet pernicieux et pervers de cette initiative est bien sûr celui du contexte international où, avec ce qui est proposé ici, nous augmentons encore de belle manière l'isolement agricole de la Suisse, je devrais dire l'«isolationnisme», où nous élevons encore le seuil de différence qui nous sépare des autres pays, alors qu'il est déjà extrêmement élevé et où nous compromettons par conséquent un futur qui devra tôt ou tard être un futur de convergence, également dans le domaine agricole, entre l'étranger, les pays de l'Europe communautaire et non communautaire, et nous. Ce moment est encore éloigné, mais pas au point que nous osions nous payer le luxe de ne pas y songer.

Et s'il faut y songer, c'est non seulement en pensant au statut de l'agriculture suisse en Europe et dans le monde, mais aussi en pensant aux autres secteurs de notre économie. Le deuxième et le troisième secteur fortement exportateurs, dépendent des conditions de réciprocité faites par nos partenaires dans le monde et, par conséquent, ont à défendre des positions dans les conditions – cadres qui soient aussi favorables que possibles.

Manifestement l'initiative, ne rendrait pas ces conditions – cadres favorables, c'est une troisième raison de la rejeter. La quatrième raison a été citée tant par M. Schönenberg que par M. Jagmetti: le désordre juridique intérieur qu'apporterait l'application de cette initiative bouleverserait la répartition des charges et des compétences entre le Parlement et le gouvernement.

Enfin, nous devons bien constater que cette initiative présente en petit nombre des buts justifiés par rapport au buts inacceptables qu'elle aligne, mais pour ces quelques buts acceptables et disproportionnés, elle entraîne une révision de la Constitution fédérale elle-même, alors qu'avec les moyens du bord, si j'ose dire, et sur la base des dispositions constitutionnelles actuelles, nous pouvons déjà bien faire et que nous continuerons de bien faire parce que nous en avons la volonté politique. Alors que M. Piller, lui, doute de cette volonté de bien faire et dit qu'en particulier, les contributions que nous apportons aux petites exploitations sont des contributions insuffisantes et qu'elles vont, en règle générale, bien plutôt irriguer ceux qui n'en ont pas besoin, c'est-à-dire les grandes exploitations.

Sur ce point, j'entends pour la énième fois ce reproche selon lequel toute la politique agricole ne profiterait en définitive qu'aux plus gros, que toute la politique agricole serait inspirée au Conseil fédéral par les associations dans lesquelles les intérêts des plus gros sont le mieux représentés, et cela constamment, au détriment des petits et des oubliés. Cela est totalement faux. Si je songe simplement, M. Piller, aux nouvelles dispositions de l'ordonnance sur les paiements directs attribués selon l'article 19c nouveau de la Loi sur l'agriculture, je constate que les petits agriculteurs, disposant de six hectares, reçoivent la même contribution que les agriculteurs possédant 15 hectares; les plus grands quant à eux ne touchent pas un seul centime. Cette mesure exerce ainsi un effet de compensation très nette en faveur des revenus des petites et moyennes exploitations paysannes. Cette mesure tout à fait pratique va parfaitement dans le sens de l'initiative et si les grands sont exclus, les tout petits en sont exclus aussi puisqu'à moins de trois hectares, en règle générale, il s'agit d'une agriculture de hobby, d'une agriculture qui n'a pas à être soutenue par les deniers publics.

Combien de paysans nous faut-il encore? Quelle est la pratique et la politique du Conseil fédéral dans ce sens? Je vous dirais d'abord qu'au-delà des principes et des proclamations définitives, l'évolution qui s'est faite dans l'agriculture, nous montre qu'entre les années 55 et 65, le nombre des exploitations paysannes a diminué en Suisse d'un peu moins de 4 pour cent chaque année.

Puis entre 1965 et 1975, la diminution continue mais elle est moins marquée. On note une diminution de l'ordre de

2,5 pour cent durant cette deuxième décennie. De 1975 à 1980, c'est un peu plus de un pour cent de diminution annuelle et de 1980 à 1985, c'est un peu moins de un pour cent de diminution du nombre des exploitations au point qu'aujourd'hui, nous avons en Suisse quelque 68 000 exploitations à titre principal et 40 000 à titre accessoire.

La surface moyenne de nos exploitations n'indique pas tout, c'est peut-être mathématiquement juste mais ce n'est pas très représentatif de la configuration générale de cette agriculture. Employons quand même cette notion car cela permet des comparaisons internationales relativement intéressantes, M. Piller. Avec 15 hectares de surface moyenne par exploitation, nous sommes nettement en dessous de l'Allemagne avec 28 hectares, de la France avec 45 hectares ou de la Grande-Bretagne avec 80 hectares. Mais alors où faut-il situer la limite fatidique? Comment faut-il l'appréhender, et combien de paysans nous sont encore utiles? Alors ma réponse est celle-ci. L'agriculture suisse doit être à même d'assumer ses fonctions principales. La fonction nutritionnelle d'abord. Elle y parvient à 60 et quelques pour cent par ses propres moyens. C'est un des taux d'autosuffisance les plus faibles de l'Europe et du monde. Par conséquent, on ne peut tenir pour nécessaire le maintien de l'appareil agricole et de sa production actuelle que si l'on peut aussi imaginer une modification de la structure intérieure de cet appareil. Au moins son volume actuel peut-il être considéré comme justifié sinon minimal.

Et puis, il y a les autres fonctions de l'agriculture dont j'ai parlé, l'agriculture préalpine et l'agriculture alpine, au-delà de la fonction fondamentale de nutrition, doivent remplir des fonctions de peuplement en des régions qui naturellement se prêtent mal à d'autres activités économiques, tourisme excepté et encore le tourisme seul n'y suffirait souvent pas, la fonction d'entretien des sols, d'entretien des forêts, d'entretien des cours d'eau et du paysage tout simplement. Cette dernière est une fonction que je qualifie d'intérêt général et qui mérite, à ce titre, d'être honorée des prestations, non pas des seuls consommateurs de l'agriculture par le biais des prix, mais des contribuables par le biais notamment des paiements directs qui représentent, au budget de cette année, 810 millions de francs toutes fonctions confondues.

Voilà ce que nous pouvons dire. Quant à l'évolution qui sera celle de notre agriculture dans un proche avenir, sachez que, avec les méthodes que nous, Parlement et gouvernement, avons suivies d'une manière unanime sur la base du 6e rapport de l'agriculture, nous allons sur ce point en heureuse convergence avec les quelques bonnes propositions et réflexions de l'initiative. Par conséquent, vous n'avez pas à craindre que nous ne reprenions pas au vol ce qu'il y a de bon. Cela est déjà fait et nous confirmerons cette politique en toute clarté.

Voilà ce qui doit nous inciter aujourd'hui à exprimer un non très clair à l'encontre de l'initiative qui nous est proposée et dont l'application, non seulement serait rendue extrêmement difficile par les exigences disproportionnées qu'elle présente, mais nuirait à l'ensemble de notre économie, à l'équilibre de notre agriculture et, paradoxalement mais véritablement, nuirait en particulier aux petites exploitations paysannes. Nous ne devons pas tomber dans ce guet-apens. Nous devons nous opposer à cette initiative.

Toutefois, je précise que si nous disons non aujourd'hui, il faudra l'expliquer ensuite au peuple, car je sais que, maintenant déjà, cette initiative est présentée de manière souvent démagogique. On n'en retient que les aspects touchants. «Small is beautiful» n'est-ce pas? Mais on en oublie immédiatement les aspects littéralement insupportables. Cela peut créer quelques courants de sympathie fraternelle, d'autant que les moyens à disposition pour soutenir cette initiative, lorsque l'on sait qui s'agit dans les coulisses, pourraient bien être des moyens importants. Ceux-ci, j'en suis certain, ne l'emporteront pas sur le bon sens du peuple suisse, mais peuvent quand même finir par impressionner, à force de répétitions et de martelages.

C'est la raison pour laquelle, en disant non aujourd'hui,

nous ne faisons que commencer l'apostolat qui devra être le nôtre à savoir éviter une si malheureuse aventure à notre agriculture et à notre économie. Il y a du pain sur la planche!

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	34 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	33 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

86.036

Milchwirtschaftsbeschluss 1987 Economie laitière. Arrêté 1987

Botschaft und Beschlussentwurf vom 16. Juni 1986 (BBl II, 974)

Message et projet d'arrêté 16 juin 1986 (FF II, 994)

Beschluss des Nationalrates vom 17. Juni 1987

Décision du Conseil national du 17 juin 1987

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Affoller, Berichterstatter: Mit dem Milchwirtschaftsbeschluss 1987 legiferieren wir in einem zentralen Bereich der schweizerischen Agrarpolitik: einkommenspolitisch, stammt doch mehr als ein Drittel des bäuerlichen Einkommens aus der Milchwirtschaft; staatspolitisch, ziehen doch die Verwertungsverluste zur Realisierung dieses Einkommens einen Finanzaufwand des Bundes aus allgemeinen Mitteln von weit über einer halben Milliarde Franken nach sich. Wenn wir den zeitlichen Aufwand unserer Debatten nach der sachlichen Bedeutung der Geschäfte ausrichten würden, dann würden auch heute wahrscheinlich die Mittagstöpfe kalt. Ich werde mich sehr kurz fassen.

Der Ständerat ist in diesem Geschäft Zweitrat. Nachdem der Prioritätsrat trotz homerischer Debatte auf weiten Strecken den Vorschlägen des Bundesrates gefolgt ist, musste auch in unserer Kommission kein Versuch erwartet werden, die schweizerische Milchwirtschaftspolitik neu zu erfinden oder ernsthaft an der 1977 eingeführten Milchkontingentierung zu rütteln. Wohl schlugen auch in unseren Beratungen die Meinungsdivergenzen in der schweizerischen Bauernschaft über die einzuschlagende Richtung der Agrarpolitik durch oder wurden alte, wohl auch berechnete Klagen über Ungerechtigkeiten bei der seinerzeitigen Kontingentsverteilung wach, die bis heute nachwirken, wie wir festgestellt haben. Es kam auch erneut ein Vorstoss für eine totale Ueberprüfung der Kontingentszuteilung und Umverteilung der Kontingente aufs Tapet. Da in unseren landwirtschaftlichen Verhältnissen die Verteilung von Milchkontingenten ohnehin auf die Quadratur des Kreises hinausläuft und so oder so stets einen erheblichen Bodensatz von Unzufriedenen und Enttäuschten zurückbleiben lässt, konnte sich auch unsere Kommission nicht zu einem totalen Neuanfang entschliessen. Immerhin darf auf die Uebergangsbestimmungen hingewiesen werden, wo gemäss einem nationalrätlichen Zusatz der Bundesrat die Hausaufgabe mitbekommen hat, innert fünf Jahren die Kontingentsverteilung zu überprüfen

Kleinbauern-Initiative

Initiative en faveur des petits paysans

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.005
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	370-379
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 603

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.